

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 19893. — **Berlin in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7gespaltene Kolonellszeile oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 M. **Reklame-Kolonellszeile** 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

## Der Schwindel vom Kommunistenputsch.

### Ein aufgedeckter Wahlschwindel. Die beliebte Spartakusvogelscheuche.

Berlin, 19. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Rote Fahne schreibt zu den Putschgerüchten, die durch den Staatskommissar Dr. Weichmann in letzter Zeit verbreitet wurden: „Die preussische Regierung mit ihrem Dr. Weichmann und Seck und Ehrhardt samt ihrer Spitzelbande mühte schon selber einen Kommunisten-Putsch machen, wenn sie einen haben will. Sie wird sich aber hüten: sie braucht nur den Popanz des Putschers, um den Philistern Schrecken zu machen.“

Am Sonntag hatte das Reptil der Koalitionsregierung, die P. P. A., wieder einmal — zum wievielten Male eigentlich? — den Plan eines großen Kommunistenputsches entworfen. Sämtliche deutschnationale und sonstigen reaktionären Organe, voran das Heftblatt in Leipzig, stürzten sich begeistert auf diesen Sensationshappen. Dem guten Bürger wurde in Fettdruck vorgeschwärzt, in welscher Gefahr er schwebte, wie der grimmige Bolschewismus ihn mit Haut und Haaren zu verschlingen drohe, daß er also nur durch Abgabe eines Stimmzettels für die Gegenrevolution noch gerettet werden könne. Die Meldung behauptete, die preussische Regierung habe Kenntnis erhalten von einer geheimen kommunistischen Konferenz, die am 26. und 27. April in Berlin-Neudamm getagt habe. Sie habe einstimmig beschlossen, ohne Rücksicht auf die Wahlen den gewalttätigen Versuch zur Errichtung einer deutschen Räterepublik so bald wie möglich zu unternehmen, um der im Gange befindlichen Entwaffnungsaktion vorzukommen. In die neue Räteregierung sollten SPD-Leute unter keinen Umständen, USPD-Leute möglichst wenig aufgenommen werden. Gegen die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie soll durch Verhaftungen und Verweigerung der Lebensmittel ein starker Terror ausgeübt werden. Der genaue Termin der Aktion (!) soll erst nach weiteren Verhandlungen mit Moskau (!) festgesetzt werden.

Die Meldung charakterisiert sich schon durch ihren Inhalt als offener Unsinn. Jedermann, der einige Kenntnis von politischen Verhältnissen hat, erkennt ohne weiteres die plumpe Erfindung eines dummen Spitzels, und es zeigt nur die ganze Verleumdung des Intellekts, die bei den Rechtssozialisten seit ihrem „Aufstieg“ ins Regierungslager eingerissen ist, daß sie sich zur Verbreitung solcher dummen Lügen hergeben.

Gewöhnlich sind solche Meldungen so abgefaßt, daß sie keine Handhabe zu einer Feststellung bieten. Hier aber war der Spitzel damit benutz, bestimmte Personen zu nennen. Er behauptete, daß die Konferenz einen Fünfererrat zur Leitung des großartigen Putschs gewählt habe, der aus den Kommunisten Schnellbacher-Hanau, Hermann, Fröhlich, Dr. Ernst Meyer und Walcher-Stuttgart bestehe. Das gab dem Kommunisten Ernst Meyer die Möglichkeit, in einer Berichtigung festzustellen, daß eine solche geheime kommunistische Konferenz nicht stattgefunden habe, daß ein Fünfererrat nirgendwo gewählt worden sei, daß alle angeblichen Beschlüsse der angeblichen Konferenz ins Reich der Lüge gehören, daß keiner der genannten Kommunisten von der Sache etwas weiß — er ist auch beauftragt worden, diese Erklärung im Namen von Schnellbacher, Fröhlich und Walcher abzugeben, ein Parteimitglied Hermann ist ihm völlig unbekannt — und daß die Staatsanwaltschaft es nicht einmal für nötig befunden hat, die Schwindelnachricht durch verantwortliche Bestätigung der Betroffenen nachzuprüfen, woraus sich schon ergibt, wie sie die Sache einschlägt. Die P. P. A. konnten dagegen nichts weiter anführen als die Quelle ihrer Nachricht, die preussische Regierung, die ein betretenes Schweigen bewahrt. Indirekt wird die Spitzelmache allerdings fallen gelassen. Es wird offiziös zu verstehen gegeben, daß diese und ähnliche Meldungen von den militärischen Nachrichtenstellen stammen, die man auflösen verspricht. Ob dieses Versprechen ernstlich zu nehmen ist, als so manche Versprechungen, die die Reichsregierung in letzter Zeit gegeben und nicht gehalten hat? Ob die Reichsregierung überhaupt die Macht hat, eine solche Aufklärungsaktion vorzunehmen?

Jedenfalls hat die reaktionäre Presse die Schwindelnachricht für ihre Zwecke ausgebeutet und versucht, noch weiter Gift daraus zu saugen. Die Post versichert im Anschluß daran, die „Linksradikalen“ hätten die Absicht, die Reichstagswahlen am 6. Juni gewalttätig zu verhindern, erst wenn das ihnen gelinge, wollten sie einen weiteren bewaffneten Zustand für Mitte Juni vornehmen. Es folgte mit dramatischer Gebärde die Frage, was die Regierung tun wolle, um den ruhigen Abgang der Wahl zu sichern, d. h. es wird gegen die

Beseitigung des Belagerungszustandes Stimmung gemacht und die Reichsregierung ist ja auch prompt so eingeschwenkt, wie die Reaktion es will.

Die Militärs treffen bereits ihre Vorbereitungen zum „Schutze der Wahlen“. Unser Parteiblatt in Erfurt, die Tribüne, gab in einer ihrer letzten Nummern folgendes bekannt:

„... Gestern, Donnerstag, traf ein kleines Kommando der Brigade Haas aus Essen in Erfurt ein, das mit dem Nachschneitzug nach Stuttgart weiterfuhr und dort heute früh um 8 Uhr eintrifft! Das Kommando hat den Befehl, die in Stuttgart zu verbliebenen Geschäfte nach Döberitz bei Berlin zu geleiten. Auf die Frage, woher sie kommen, erklärten sie: „Aus Essen!“ Dort hätten sie eine schwere Zeit gehabt, sie seien froh, sie hinter sich zu haben, denn dort sei es toll zugegangen, „immer die Knarre schuhfertig in der Hand“ — und nun habe sie die Regierung schon wieder nach Berlin angefordert. „Was ist denn in Berlin los?“ fragte unser Gewährsmann. „Da gibts bei den Wahlen am 6. Juni wieder großen „Klamauk!“ Sie, die Württemberger, mühten eben die Spartakisten in Preußen zur Ordnung bringen! Im Ruhrgebiet hätten sie's ihnen gründlich besorgt und mit den Berliner Großkapitänen wollten sie auch fertig werden! Das werde aber die Nationalversammlung wohl nicht zulassen, erlaubt sie unser Gewährsmann demüßigt zu bemerken, aber da hatte er offenbar die Saiten angeklagen, auf die die braven Württemberger vermutlich in Instruktionen besonders eingespielt waren. Sie ergingen sich in wüsten Schimpferien gegen die Nationalversammlung.“

Die Württemberger sollen also die regierungstreue „rote Brigade“ verstärken, die in Döberitz zum besonderen Schutze der Regierung zusammengestellt worden ist. Was es mit dieser Regierungstreue auf sich hat, zeigen diese Neußerungen. Im Lager zu Döberitz wird eine Truppe zusammengestellt, die offenbar ein vorzügliches Mittel zur Durchführung eines neuen Rapp-Putschs bilden wird.

Die Regierung spielt aus Schwäche oder Unverstand das Spiel der Reaktion. Die Arbeiterschaft muß bei den Wahlen dafür sorgen, daß diese traurige Wirtschaft endlich aufhört!

### Eine Kundgebung der Berliner Arbeitslosen 400 Mark Teuerungszulage gefordert.

Berlin, 19. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern nachmittag fanden im Anschluß an große Versammlungen der Arbeitslosen Demonstrationen im Zentrum Berlins statt. Die Arbeitslosen versammelten sich gegen 2 Uhr in der Wilhelmstraße. Ihre Deputationen verhandelten mit den zuständigen Referenten im Reichsfinanzministerium und im Reichsarbeitsministerium, da die betreffenden Minister nicht anwesend waren. Die Referenten sagten den Deputationen die Prüfung ihrer Forderungen, die sich auf eine einmalige Teuerungszulage von 400 M. beliefen, zu. Die Deputation erklärte sich mit dieser Zulage vorläufig befriedigt. Die Demonstration verlief ruhig und ohne Zwischenfälle.

### Die Wahlen unter dem Belagerungszustand

Berlin, 19. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts berichtet über eine Unterredung einiger Mitarbeiter mit dem Berliner Polizeipräsidenten Richter. In dieser Unterredung über die Aufhebung des Belagerungszustandes erklärte der Berliner Polizeipräsident: „Niemand behauptet mehr als ich, daß der Standpunkt der gänglichen Ueberfälligkeit des Ausnahmezustandes bei der entscheidenden Reichsstelle, der ich unterstehe, nicht durchgedrungen ist. Als Zivilkommissar und Polizeipräsident muß ich mich selbstverständlich der Entscheidung des Reichsministeriums des Innern fügen. Aber ich erkläre, solange ich diese Funktionen bekleide, wird in Berlin und Brandenburg, sofern keine wirklichen außerordentlichen Verhältnisse eintreten, keine einzige Maßnahme auf Grund des Belagerungszustandes getroffen werden.“

Der Vorwärts begrüßt diese Erklärung des Berliner Polizeipräsidenten und empfiehlt dem demokratischen Reichsminister Dr. Koch, die politische Vergangenheit einzelner seiner unmittelbaren Mitarbeiter und Ratgeber zu studieren, die am Fortbestand des Belagerungszustandes ein ebenso großes Interesse haben könnten, wie wir an dessen Aufhebung.

### Vorladung der Kriegsverbrecher vor das Reichsgericht.

Berlin, 19. Mai. (L. U.) Die in der kürzlich überreichten Liste des Verbandes der Kriegsverbrecher beschuldigten Personen sind, wie nach dem Berliner Tageblatt verlautet, vom Oberreichsanwalt in der Zeit vom 7. bis 30. Juni zur Vernehmung nach Leipzig geladen worden.

### Die Nishöhlen der Radaureaktion.

H. E. Manchen, der wegen der schlechten Auswahl seiner Eltern nicht „in Arlaben geboren“ wurde und der die deutschen Unversitäten nur vom gelegentlichen Umzug der Burshen und Fische im bunten Wäls durch die Straßen her kennt, begreift vielleicht nicht ganz, wie so es kommen konnte und geradezu kommen mußte, daß heute die sogenannten „hohen Schulen“ die hervorragendsten Bruststätten und Kultempel des krafftigen Nationalismus nach außen und des stumpfsinnigsten Rückwärtsstretzens nach innen in Deutschland geworden sind. Niemals ist diese Tatsache so rufbar geworden als heute, da Studieren und Putsch, Mufensohn und Versammlungsraubi, Hörsaal und Kostentafelne fast kongruente Dreiecke und verschiedene Bezeichnungen für dieselben Begriffe geworden sind. Nachgerade wird ja in der Tat das, was sich täglich im Um- und Dunstkreis der deutschen Unversitätskatheder abspielt, zum Nationalstandal, der zum Himmel stinkt. Studentchen, die noch nicht trocken hinter den Ohren sind, bereiten unter hehendem Jurus ihrer Professoren dem Eisenermäderer Hrcs eine willste Doaktion, als er vom Gericht im Auto zur Festung befördert wird. Die Brillengläser einer sogenannten „Wissenschaft“ sprühen fanatischen Haß gegen einen Professor vom Rang Nicols, einfach weil es bei ihm als bürgerlichem Pazifisten einen Zeitpunkt gab, nach dem er den verlogenen Kriegsrummel der Vaterlandspartei nicht mehr mitzumachen imstande war. Der rechtssozialistische Professor Singheim er wird an der Frankfurter Unversität ausgepfiffen, mit faulen Eiern beworfen und ihm die weitere Sabotage an allen seinen Vorlesungen von kaum zwanzigjährigen Schnobdels offiziell angekündigt — und das ohne jeden Protest seiner Kollegenschaft —, weil den Fakten mit den Schmissen und Ohrfeigengefächtern offenkundig „die ganze Richtung nicht paßt“. Der Philosoph und Mathematiker Einste in wird nur, weil er Jude und deshalb kein „völkischer“ Radaupatriot ist und weil er ferner als Mann von Geist sozial genug denkt, das Wissen nicht für eine Pachtanlage des dicken Portemonnais mit Fuhangeln und Selbstschüssen zu halten, von den nationalen Studiern geschnitten und boykottiert, denselben Deutschen, die, geistig und moralisch gewertet, nicht gut genug wären, Stiefelpußer bei diesem Manne zu werden. Der sicherlich nicht barrikadenbauende Demokraten-Professor Goeck in Leipzig, der Sohn eines Mannes, der die deutsche Krieger- und Turnvereinstaktur nach Kräften mit hat fördern helfen und der nur selber flug genug ist, hin und wieder den bunten Lappen einer republikanischen Phrase um seine echte und aufrichtige Bürgerlichkeit und ungewisselhaft staatsverhaltende Gesinnung zu wickeln, schon weil er das den Traditionen seines größeren Vorgängers Lamprecht glaubt schuldig zu sein — er wird vom Vorlesenden des Leipziger Studentenausschusses in einem Briefe angegriffen wie ein Landsturm-Rekret von seinem Feldwebel in Deutschlands „größter Zeit“. Denn er hatte bekanntlich die Leipziger Selbstfreiwilligen Musterknäbchen in den Rapp-Tagen nur ein klein wenig und nur im allerersten Anfang zur Besonnenheit ermahnt, obgleich diesen selbst noch zu dieser Stunde misamt dem Bürgerium angefaßt Herz ziemlich tief in den Hosenboden gerutscht war; er hatte die Heldensöhne eben schwach gesehen und nun diese seine Beobachtung in vorfichtige Worte gefaßt — o fürchtbarer Frevel an nationalen danken!

Kurz und gut, diese und ähnliche nationalstiftischen und reaktionären Standale sind seit Wochen und Monate im akademischen Leben gang und gäbe. Das Bürgerium, soweit es noch einen Funken freihheitlichen Gefühls bewahrt hat, duckt sich dabei und schweigt, anstatt zum Rohrstod zu greifen. Der in der Provinz irgendwo vielleicht demokratisch wählende Vater sperrt nicht den Monatswechsel, obgleich sein hoffnungsvoller Bengel in der Unversitätsstadt alles tut, um Deutschland zu einer Kultur des Balkans zu verhelfen. Offizielle Werbebureaus der reaktionärsten Truppenkörper benutzen die von der Republik bezahlten Burvas der akademischen Behörden. Die studentischen Verbände stiften Hunderttausende für die Agitationsfonds der Recht-Extremen. Die Korporationen selbst „üben“ Schlepperdienste für die „nationalen“ Parteien schon seit Wochen. Die sogenannten „Aulören“, die farbentragenden und am kindischen Anzug des akademischen Messerstechens (genannt Mensur) festhaltenden Studentenvereine, die von jeher aller freieren Regung und sogar jeder höheren Regung des Verstandes über Bierkomment und Wirtinnenverfe hinaus absolut unzugänglich waren, haben einen Zulauf, der im umgekehrten Verhältnis zu ihrem früheren Mitgliederchwund steht. Die bunten Mägen und abtenden Ohren versuchen, in dem Innern der Städte wieder die Straße zu behaupten. In einer Zeit, da der größte Teil des Volkes nicht weiß, was essen und